

GÖTTINGER BLÄTTER

April
2024

Die Linke im Kreistag ★ VVN ★ FG Cuba ★ DKP ★ Grobian ★ GöLinke

LEG-Mieter*innenversammlung am 7. März in Grone:

▶ Keine Lösungen; die LEG möchte ihre 1,5 Mio. natürlich 'reinhaben!

Am 07. März lud die LEG ihre Mieter*innen zu einer „Informationsveranstaltung“ in die Mehrzweckhalle in Grone ein. Mehr als 150 Mieter*innen (incl politischer Prominenz aus Stadtrat und Ortsrat folgten dieser Einladung (s. Foto).



Die LEG versuchte, sich mit einer wohlfeilen power-point-Präsentation und natürlich dem von ihnen beauftragten (und bekommenen) Gutachten aus ihrer misslichen Lage mit den astronomischen Nebenkostenforderungen 'rauszumännern und die Mieter*innen auf die Zahlungen einzustimmen.

Zuvor gab es einen zutiefst „freundlichen“ Rundgang durch Grone-Süd, bei dem die Teilnehmer*innen (u.a. aus Rat und Verwaltung, aber auch alle anderen) Fragen zum Stand des städtebaulichen Vertrages stellen konnten. Es wurde ein frisch fertiggestellter Spielplatz, ein aktuelles Sanierungsprojekt sowie eine gerade fertig sanierte Wohnung präsentiert - die LEG hat hier geschickt einen Rundgang durchgeführt, der gezielt an den Problemen des Viertels vorbei geht. Bewohner*innen des Stadtteils luden den Chef der LEG, der für Göttingen verantwortlich ist, speziell zum „Kaffee“ ein, damit ihr Haus dann genauso „nett“ aussieht, wie jetzt – nach vier Wochen

Vorbereitung durch Hausmeister, Fachfirmen etc.

Am Rande: Die Sprecher der Prüfungsgemeinschaft, Steffen und Hendrik, wurden – by the way – schon mal „angesprochen“ (man könnte auch sagen: „geworben“), dass man ja nun, wo das „Gutachten“ doch da sei, gemeinsam – im Sinne der LEG -agieren könne.

Der nie gebaute Kindergarten in der Harzstr. wurde erst am Ende thematisiert: Man sei auf der Suche nach einer Möglichkeit zur Übergabe des Projekts und die dadurch entstandenen Gewinne sollen in das Quartier reinvestiert werden. (Sprich: Das lohnt sich für die LEG nicht!)

Bei der Informationsveranstaltung war die Mehrzweckhalle war so proppenvoll, dass einige nur im Foyer Platz fanden. Die „schicke“ Präsentation wurde durchgehend von wichtigen Fragen aus dem Publikum unterbrochen. Z.B.: Wie sollen arbeitende Menschen zur Sprechstunde kommen, wenn diese

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Wege zum Frieden	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2024
ist der 21. April.
Auslieferung 25. April

Veranstaltungen

4. April, Holbornsches Haus, 19.00 Uhr
Krenz und König aus der DDR:
Ein Bericht über das Leben im sozialistischen Deutschland

- Egon Krenz, einstiger Vorsitzender der FDJ in der DDR und letzter Staatsratsvorsitzender der DDR sowie
- Hartmut König, Sänger, FDJ-Kolumnist, FDJ-Kader im Bereich Internationalismus und Hochschule
in der Diskussion über das Leben im sozialistischen Deutschland

10. April, 19.00 Uhr:
Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter,
Plenum des Göttinger Friedensforum
(goettinger-friedensforum@lists.posteo.de3).

nur zu Arbeitszeiten stattfinden? Wieso funktioniert das Telefon im LEG-Büro immer noch nicht und warum legen Mitarbeiter*innen spontan auf, wenn sie die Fragen hören? (Antwort des LEG-Chefs: Unsere Telefonanlage ist seit x Jahren leider defekt – der Saal „wieherte“ vor Lachen!) Warum werden Mängel und Schimmel nicht entfernt? Etc.

Weiter auf Seite 5



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Aus dem Vorwort der März/April Ausgabe der „antifa – Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur“ von Nils Becker



Seit Jahren wird auf massenweise Positionierung im Kampf gegen rechts gehofft. Nun sind diese Massen bei Kälte und Regen auf Großdemos unterwegs, und dennoch macht sich gerade unter denjenigen Skepsis breit, die jahrelang auf solche Manifestationen politischen Willens hingearbeitet haben.

Statt sich darüber zu freuen, dass wir mit unseren Analysen der Gefahren des Schulterchlusses von militanten Neonazis, AfD und Teilen der CDU – mit Unterstützung einiger Unternehmer – in der Breite durchgedrungen sind, wird beklagt, dass Demos nichts strukturell ändern. Richtig, aber diese Manifestationen sind eine hervorragende Rückendeckung für einen antifaschistischen Umbau staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen, für eine andere Form von Sicherheit, für Bildung, für die Ausrichtung an Menschlichkeit und Solidarität. Es ist an uns, darauf hinzuwirken.

Der gut gepflegte Pessimismus unter Antifaschist*innen kann eine treffende Analyse der Großdemos und der eigenen Stärken nicht ersetzen. Lasst ihn zu Hause und richtet euch darauf ein, euch freudig wiederholen zu müssen,

ohne den überheblichen Satz »Das haben wir schon immer gesagt« zu verwenden.

Die VVN-BdA hat sich früh entschieden, die Chancen der Massenmobilisierung zu nutzen, um dem organisiertesten und bedeutsamsten Teil der extremen Rechten in Deutschland – der AfD – so sehr zu schaden, dass sie zumindest nicht stärker werden kann. Die Konzepte dafür gibt es und sie greifen. Lasst sie uns dieses Jahr stärker verfolgen.

Parallel dazu läuft eine andere Art der Kampagne, die unsere Aufmerksamkeit noch mal anders erfordert und die SPD-Chef Lars Klingbeil im Juni 2022 so beschrieb: »Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Stellung im internationalen Koordinatensystem. Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben.«

Dazu gehören stetige Aufrüstung, Militäreinsätze, diskursive Kriegsvorbereitung und das ökonomische Niederringen anderer Staaten. Die Katastrophen der von uns beobachteten Kriege in der Ukraine und in Israel/

Termine:

Dienstag, 26. April 2024, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“, Wilhelmplatz, Göttingen.

*Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.*

Mittwoch, 08. Mai 2024,
Stadtfriedhof Göttingen, Kasseler Landstr. 1, Göttingen
Enthüllung des Grabmales für die in Göttingen umgekommenen und auf dem Friedhof beigesetzten Zwangsarbeiter*innen. Weitere Infos folgen in der Mai-Ausgabe der Göttinger Blätter.

Sonntag, 05. Mai 2024, 14:30 Uhr,
Ausstellungsraum „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“, Godehardstr. 11
Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen | Ein Workshop für Alle

In unserem Workshop beschäftigen wir uns mit den Biografien der NSU-Opfer, dem Netzwerk des NSU und der menschenverachtenden, rassistischen Ideologie der rechtsterroristischen Szene. Wir gehen aber auch auf den gesamtgesellschaftlichen Rassismus ein, der zu einer Kriminalisierung der Opfer und ihrer Familien führte.

Workshop und Eintritt zur Ausstellung ist frei, Spenden erwünscht

Gaza haben bisher nicht zum Umdenken geführt, sondern den Eskalationskurs bestärkt. Auch hier müssen wir uns daran gewöhnen, uns zu wiederholen, bis wir mit klugen Analysen und Handlungsweisen durchdringen.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

09. April, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



▶ Aus Problemen Musik machen

Das Jahr 2024 ist das schwerste für das revolutionäre Kuba. Lebensmittel fehlen oder sind streng rationiert. Der Strom wird täglich abgeschaltet. Benzin und für Vielverbraucher auch Strom wurde teurer. Im Gesundheitswesen mangelt es an Medikamenten und Spritzen. Die Versorgungslage ist ähnlich prekär wie in einem Krieg, nur dass er ohne Waffen geführt wird. In diesem Krieg erdrosselt die US-Blockade die Wirtschaft. Hinzu kamen die Covid-Pandemie und die globalen Energie- und Nahrungsmittel-Preiskrisen.

Am 21. März 2024 war die Kubanerin Deborah Azcuy Carrillo in Göttingen zu Besuch. Sie arbeitet beim Kubanischen Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) und ist Ansprechpartnerin für die Kuba-Solidaritätsgruppen in im deutschsprachigen Europa. In fließendem Deutsch betonte sie, dass sie eine Verfechterin der Revolution sei, jedoch eine ebenso ernste Kritikerin aller hausgemachten Fehler. Hier eine kleine Wiedergabe ihres Berichtes.



Und die gibt es leider. Aktuell zeigt die Absetzung des Wirtschaftsminister, dass politische Verantwortung auf der Karibikinsel keine hohle Phrase ist. Wenn ein Minister keine Ergebnisse liefert, wie in diesem Fall eine Verbesserung der inländischen Nahrungsproduktion, kann die direkt gewählte Nationalversammlung vom Ministerrat eine Amtsenthebung fordern. Auch die Leitung der Zentralbank wurde ausgetauscht, weil sie die Inflation nicht in den Griff bekam.

Privat geführte kleine und mittlere Unternehmen wurden 2019 erlaubt. Sie sollten die US-Blockade umgehen und

Rohstoffe für staatliche Unternehmen importieren. Leider schwenkten sie auf den profitableren Import von Endprodukten um. Hierzu gibt es in Cuba aktuell eine sehr intensive Diskussion.

Auf Kuba haben 51 % der Bevölkerung einen Universitätsabschluss. Dieses Potential lässt hoffen. Sehr viele Kubaner*innen wandern notgedrungen aus, um ihre Familien aus der Ferne besser unterstützen zu können.

Inzwischen aber ergreifen junge Menschen wieder einen Beruf im Agrarsektor, der unter Nachwuchsmangel leidet. Die Landwirtschaft hat nun die Vorgabe, die vier Säulen Mais, Bohnen, Maniok und Bananen zu sichern. Befreundete Länder bieten Kuba benötigte Güter im Tausch gegen Impfstoffe, naturbelassenes Saatgut oder Nickel.

Eine enorme Öllieferung aus Mexiko wird in den kommenden Jahren die Energieversorgung stabilisieren, ebenso eine 8 km tiefe Ölbohrung in Kooperation mit China. Trotz der diversen Krisen schreitet auch die Einführung von Solarpanelen und Windrädern voran.

Die Kuba-Solibewegung hilft spürbar, sei es als kostenloses, humanitäres Zusatzgepäck bei Kubareisen, oder mit ganzen Frachtcontainern voll mit Medizinprodukten. Soli-Gruppen sollten kleine, lokale Projekte unterstützen, weil diese kaum sanktioniert werden. Jede Soli-Brigade überhaupt jede Kubareise ist dringend nötig.

Der Tourismus war vor der Pandemie mit fast 5 Millionen Touristen jährlich der wichtigste Wirtschaftszweig Kubas. Im letzten Jahr waren es nur 2,5 Millionen.

Die Öffentlichkeitsarbeit und poli-



EINE MILLION UNTERSCHRIFTEN.

Für die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Unterstützer des Terrorismus und ein bedingungsloses Ende der Blockade.

Aufruf:

Kuba lebt und leistet Widerstand!

Homepage:

CUBA VIVE Y RESISTE !

tische Arbeit hält das Thema „Solidarität mit Kuba“ in Deutschland wach. Der stete Tropfen höhlt den Stein. Die Soli-Bewegung leistete schon einen Beitrag zum Aufbau konstruktiver Beziehungen zwischen der EU und Kuba. Solidarische Menschen erwidern Kuba die Zärtlichkeit, die es selber den Völkern der Welt erweist.

Kubaner*innen sind widerstandsfähig, haben ein hohes politisches Bewusstsein und das unbestreitbare Talent „aus Problemen Musik zu machen“, so Deborah bei dem sehr solidarischen und informativen Gespräch am 21. März. (jk)





Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Die „Kita-Krise“ überwinden?

Die Verhältnisse in den Göttinger-Kitas, landes- und bundesweit sind weiterhin äußerst angespannt und teilweise unerträglich für Kinder, Eltern, Fachkräfte und Träger.

Das können wir in regelmäßigen Abständen in der regionalen und überregionalen Presse lesen.

Fakten sind:

- Es gibt zu wenige Krippen- und Kindergartenplätze,
- die von Eltern gewünschten Betreuungszeiten werden nicht angeboten,
- durch krankheitsbedingte Ausfälle der Fachkräfte müssen in immer größeren Ausmaß kurzfristig Betreuungszeiten eingeschränkt werden.
- Die Fachkräfte sind erschöpft weil sie in Unterbesetzung arbeiten müssen und sind frustriert weil sie Ihren Bildungsauftrag nicht oder nur teilweise erfüllen können.

(Verschlechterung der Qualität)

- Die Fachkräfte erkranken häufiger und bleiben zum Teil nicht mehr in ihrem erlernten Beruf oder scheiden vorzeitig aus.
- Es scheiden in den nächsten Jahren viel mehr Fachkräfte altersbedingt aus dem Berufsleben aus, als neue hinzu kommen.
- Die Kinder müssen den Druck und die Unsicherheit ihrer Eltern ertragen und wissen nicht welche Fachkräfte sie am nächsten Morgen betreuen werden, ob sie am nächsten Tag wirklich in der Kita turnen können oder ob der Ausflug tatsächlich stattfinden kann und wann sie abgeholt werden.
- Die Eltern, vor Allem die Mütter, können nicht zuverlässig ihrer bezahlten Lohnarbeit nachkommen und sind dem Unmut und Druck ihres Arbeitgebers ausgesetzt.
- Vor Allem in „Sorge-Berufen“ trifft es dort die Kolleg:innen die ihr Fehlen auffangen müssen und die Umsorgten nicht ausreichend versorgen können.
- Es findet eine Rückwärtsgewandte Entwicklung statt die der Gleichstellung der Geschlechter entgegen wirkt, weil viele Frauen statt der Väter zu Hause bleiben um die Sorgearbeit zu erledigen und in den Kitas arbeiten nach wie

vor überwiegen Frauen die unter den schlechten Arbeitsbedingungen leiden.

- Auch dort fehlen Kolleg:innen die nicht zur Arbeit kommen weil die Kita ausfällt. Die Fachschulen, die für die Ausbildung von Fachkräften zuständig sind leiden selbst an Personalmangel
- Die Träger und Leitungen der Kitas sind häufig mit den berechtigten Beschwerden der Eltern und Fachkräften konfrontiert und können aufgrund von Personalmangel freie Stellen nicht besetzen.
- Kommunen sind häufig finanziell nicht in der Lage neue Kitas zu bauen, weil sie keine ausreichenden Mittel zur Verfügung haben die gestiegenen Baukosten und Kosten für Kredite zu tragen. Und wenn sie es können fehlen Fachkräfte um die neue Kita betreiben zu können. Die Stadt Göttingen sucht aus diesem Grunde andere Träger für den Betrieb neuer Kitas.

Wie könnte Abhilfe geschaffen werden?

- Der Bund muss eine Bildungs- und Kita-Offensive initiieren
- Der Bund muss ein Sondervermögen für Bildung auflegen, welches diesem Namen auch gerecht wird
- Der Bund muss massiv Bundesgelder an Länder und Kommunen transferieren
- der Städtetag und die Parteien, die in den Stadt- und Landkreisen vertreten sind müssen den Druck auf ihre Genoss:innen oder Kolleg:innen im Land und Bund deutlich erhöhen um auf die Notwendigkeit von hohen finanziellen Zuweisungen hinzuweisen
- Es müssen vom Land viel größere Anstrengungen unternommen werden um Lehrkräfte auszubilden

Mitgliederversammlungen FEBRUAR 24

Das Thema der Versammlung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.
Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

- In allen Bundesländern muss während der gesamten Dauer der Ausbildung von Fachkräften zwingend eine vergleichbare Vergütung sichergestellt werden wie in anderen Fachausbildungsberufen auch. (Duale Ausbildung)

Das alles wird nicht vom Himmel fallen, sondern muss von allen Beteiligten mit Unterstützung von Gewerkschaften, Sozialverbänden und fortschrittlichen Kräften erkämpft werden!

Das müssen wir bei unserem politischen Handeln vor Ort in den Gremien der Kommunen und Kreise einfordern.

R.K.



GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Fortsetzung von Seite 1



Zur Deeskalation wurden angesprochene Mängel mal auf einer „Liste“ festgehalten, Mieter*innen fanden auch Ansprechpersonen im Foyer - doch die Stimmung heizte sich weiter auf und zurecht wurde bemängelt, dass eine solche Liste nichts an den chronischen Problemen mit der LEG ändern wird. Viele Anwesende kamen wegen der Nebenkostenabrechnungen, die in der zweiten Hälfte der Veranstaltung Thema wurden. Mit zwei Gutachten (oben erwähnt) hat die LEG natürlich die Richtigkeit ihrer Abrechnungen sowie die Legitimität der hohen Kosten bestätigt und sich dadurch von jeglicher Lösungsorientierung verabschiedet (wer Gutachten bezahlt, bekommt sie natürlich auch).

Zwar hatte sich die ADLER AG bei Abschluss der Verträge ganz einfach verzockt und die LEG hatte leider keinen einzigen versierten Menschen, der dies erkannt haben wollte - so der Chef der LEG: Die LEG habe den Vertrag mit dem Vertragspartner enercity, Hannover, erst begriffen, als sie selbst die hohen Nachforderungen gesehen haben (Frage des Setzers: Gibt's da auch kompetente Mitarbeiter*innen, die soetwas checken?) Als „Bonbon“ wurden auf einer Folie der Präsentation Adressen präsentiert, bei denen Anträge auf finanzielle Unterstützung etc. in Göttingen gestellt werden könnten - das und mögliche, jahrelange Ratenvereinbarung zum Abstottern der astronomischen Forderungen bietet die

LEG ihren Mieter*innen als Ausweg an. Klare Botschaft: Egal, wo die Mieter*innen die Knete herbekommen – Hauptsache die Dividende stimmt!

Der Grund für die gestiegenen Kosten ist doch ganz klar! Sogar die Sprengung von NordStream 2 könne man an den Preisen, zu denen die Groner Mieter*innen geheizt haben, erkennen. Es ist der LEG nur zu spät aufgefallen, aber die Mieter*innen hätten ja „von sich aus“ auch die monatlichen Abschläge erhöhen können.

Die leicht korrigierten, neuen Abrechnungen für das Jahr 2022 werden ab dem 8. April verschickt. Auch neue, an aktuelle Preise angepasste Abschlagszahlungen für dieses Jahr sollen enthalten sein.

Die Prüfungsgemeinschaft war in den – netten Ansprachen - am Rande des Stadtteilrundgangs - in den Diskussionen und Wortbeiträgen hammerhart: Solange nicht jeder einzelne Beleg, welcher Hausmeister wann, wo und in welcher Zeit was getan hat (das gleiche gilt für die Einkaufspreise für Gas bzw. Wärmeinheiten etc.), wird von den Mitgliedern der Prüfungsgemeinschaft nichts bezahlt!

Die gute Nachricht: Die Stadtverwaltung trägt den Protest der Mieter*innen: Sie trägt z.B. Kosten der Prüfungsgemeinschaft, sie bezahlt eine Wohnrechtsberatung im April im Nachbarschaftszentrum, sie bezahlt ein „Gegengutachten“ zur LEG-Vorlage für einen Berliner Wohnrechtsexperten – dies organisiert über den Mieterverein Göttingen. (ts,gs)

▶ Was uns zum Thema „Strompreisbremse“ in die Hände fiel:

■ Information zur Stromkostenentlastung gem. StromPBG

Der Bund hat gemäß des Strompreisbremsegesetzes (StromPBG) für diese Liegenschaft insgesamt **2,76 Euro** für das Abrechnungsjahr 2023 an Energiekosten übernommen.
Dieser Entlastungsbetrag ist in nachfolgender Abrechnung bereits von den Gesamtstromkosten abgezogen worden.
Zu beachten: Ihr individueller Anteil am gesamten Entlastungsbetrag beträgt **0,60 Euro**. Dieser wurde bei Ihren Stromkosten schon berücksichtigt.

Ein Leser der Göttinger Blätter hat uns diesen Ausriss aus seiner NK-Abrechnung zukommen lassen und will sich auf diese Weise bei der Bundesregierung

bedanken: 0,60 Euro im Jahr 2023 gespart! Ganz herrlichen Dank!

Zur Info: Ein l Milch kostet etwa 1,00 Euro; 500 gr. Butter knapp 2,00 Euro!

Trotzdem natürlich einen herzlichen Dank für die enorme Entlastung, die es erlaubt, den Tag erfolgreich zu strukturieren.



Linke für Vernunft und
Gerechtigkeit

im Kreistag Göttingen

▶ Kreistagssitzung im März geprägt von Resolutionen

Die Kreistagssitzung am 6. März hatte zwar keine spektakulären Tagesordnungspunkte zu bieten, dafür aber einige interfraktionelle Resolutionen, an denen sich auch unsere Fraktion Linke für Vernunft und Gerechtigkeit beteiligt hat. Nicht beteiligt an den Resolutionen war selbstverständlich die AfD und ebenso der verbliebene Abgeordnete der Partei Die Linke, über dessen Verbleib aber zum Zeitpunkt der Sitzung keine Erkenntnisse vorlagen.

In der ersten Resolution ging es um die Aufnahme von Behindertenvertretungen in kommunalen Schulausschüssen. Vor dem Hintergrund einer ehrlichen und erfolgreichen Umsetzung der Inklusion müssen kommunale Vertretungen von Menschen mit Behinderungen eine beratende Vertretung in den Schulausschüssen erhalten. Nur so kann gewährleistet werden, dass in der Umsetzung inklusiver Maßnahmen die Expertise und Erfahrung der Betroffenen direkt in die politische Entscheidungsfindung mit einbezogen werden kann. Da die Besetzung der Schulausschüsse aber landesrechtlich vorgegeben ist, können die Kreisgremien nicht selbst entscheiden, wer in diesen Gremien mit Sitz und Stimme vertreten sein soll. Auf dem Wege einer Resolution wird nun an die Landesebene appelliert, die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

In einer weiteren Resolution ging es um die Einführung eines vergünstigten Deutschlandtickets für Auszubildende zum Preis von 29,40 €. Bei der aktuellen Lösung werden die Auszubildenden nämlich noch ausgeschlossen und somit benachteiligt. Gerade für die Fachkräftesicherung ist aber notwendig, Auszubildende den Studierenden gleich zu stellen. Es muss die Gleichwertigkeit von Studium und dualer Ausbildung gewährleistet sein. Eine Ausweitung auf alle Auszubildenden

ist daher als klares Signal an alle jungen Menschen vorzunehmen.

Zudem wurde mit einem Dringlichkeitsantrag noch eine dritte interfraktionelle Resolution eingebracht, die vor dem Hintergrund der „zweiten Wannseekonferenz“ entstanden ist, bei welcher Massendeportationen von Migranten ins Auge gefasst wurden. Gegen die Stimme des einzigen anwesenden AfD-Vertreters stimmte der Kreistag dem Antrag zu und forderte damit auch alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Politik und Ehrenamt im Landkreis Göttingen auf, ebenso wie die Kreistagsabgeordneten wachsam zu bleiben, demokratiefeindliche Entwicklungen zu melden und zu meiden und sich klar für Freiheit, Gleichheit und Vielfalt zu positionieren.

Ebenfalls auf der Tagesordnung stand die Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2023/24. Hierbei ging es vor allem um die Finanzbeziehungen zwischen Kreis und Gemeinden. Diese waren komplizierter geworden, da einige Städte und Gemeinden die Aufgaben der Jugendhilfe an den Landkreis abgegeben hatten, andere aber nicht. Dies führte zu einer unterschiedlichen Höhe der Kreisumlage und zu einer Ablehnung der CDU.

Bei den freiwilligen Leistungen gab es aus unserer Sicht einige Verbesserungen wie etwa höhere Zuschüsse für die Tafeln.

Nachdem die Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen als Träger der unabhängigen SGB-II-Beratung aufgrund gestiegener Kosten forderte, den Zuschuss für die SGB-II-Beratung um 35.000 Euro anzuheben, wurde dazu von uns ein entsprechender Änderungsantrag gestellt. Eckhard Fascher verdeutlichte, dass dieses aus unserer Sicht eigentlich keine freiwillige Leistung sondern eine Pflichtaufgabe sein sollte. Gleichwohl wurde der

Kontakt

**Linke für Vernunft
und Gerechtigkeit
im Kreistag Göttingen**

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
www.wastun-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



Antrag vom Plenum dann abgelehnt. Der beschlossene Antrag der Mehrheitsgruppe sah immerhin 10.000 Euro Erhöhung vor, so dass wir uns insgesamt enthielten.

Eine interessante Bemerkung am Rande kam vom Landrat, der darauf hinwies, dass der Investitionsstau der 90er und 2000er Jahre sich heute noch bemerkbar mache.

Unterstützt wurde von unserer Fraktion auch ein von der Mehrheitsgruppe abgelehnter Antrag der CDU, der Verbesserungen für die Kindertagespflegepersonen vorsah, da wie Eckhard Fascher betonte, das Einkommen der selbständigen Kindertagespflegepersonen kaum zum Überleben reiche, so dass wir auch in der Vergangenheit deren Interessen unterstützt hatten.

▶ Herzberg

Auch aus dem Rat der Stadt Herzberg gibt es Neuigkeiten zu vermelden. Die bisher bestehende Gruppe Die Grünen / Die Linke wurde aufgelöst, nachdem die Grünen bemerkt hatten, dass unser Ratsherr Ilyas Cangöz sich politisch an Sahra Wagenknecht orientiert und gemäß der grünen Kontaktschuldideologie damit keine weitere Zusammenarbeit möglich ist. Ilyas wird nun ein Grundmandat im Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss wahrnehmen.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke Mitgliederversammlung 15. April 2024 (s. Kasten)

Antrag

Antragsteller: SprecherInnenkreis

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

In diesem Jahr sollen keine neuen kollektiven Mitglieder aufgenommen werden. Einzelpersonen, die mit der Beitrittserklärung das Statut und das Kommunalwahlprogramm anerkennen, sind weiterhin herzlich willkommen.

Begründung:

Der Sprecher*innenkreis hat sich mit dem Europawahlprogramm des Bündnisses Sarah Wagenknecht (BSW), insbesondere der Haltung zu Migration und Klimaschutz auseinandergesetzt. Neben den Gemeinsamkeiten sind Dif-

ferenzen zum Kommunalwahlprogramm der Göttinger Linken in der Flüchtlings- und Umweltpolitik vorhanden. Der Sprecher*innenkreis hat festgestellt, dass diese derzeit nicht ausgeräumt werden können. Damit es nicht zu einer Vertiefung dieser Differenzen kommt, sollen in diesem Jahr keine neuen kollektiven Mitglieder aufgenommen werden.

Weiterhin gilt jedoch: Einzelpersonen, die mit der Beitrittserklärung auch Statut und Kommunalwahlprogramm der Wähler*innengemeinschaft anerkennen, sind entsprechend Statut weiterhin herzlich willkommen. Die kommunalpolitische Arbeit und das Selbstverständnis der Wähler*innengemeinschaft basiert weiterhin auf der Grundlage des Kommunalwahlprogrammes.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,
Bärbel Safieh, Christa Siebecke,
Rieke Wolters, Dr. Gülsan Yalçın

Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:
Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Torsten Wucherpfennig

Einladung zur Mitgliederversammlung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Montag, 15. April, 19.00 Uhr, Haus der Kulturen, Hagenweg 2e

Vorschlag für die Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung und Begrüßung
Wahl der Versammlungsleitung,
Feststellung der satzungsgemäßen Ladung
- TOP 2 Bericht des SprecherInnenkreises zur erfolgten Diskussion zum
ThemaBSW
- TOP 3 Diskussion
- TOP 4 Antragsberatung und Beschlussfassung (s. oben)
- TOP 5 Verschiedenes

▶ Leserbrief

Uns erreichte nach der Ausgabe 03.24 der Göttinger Blätter folgender Leserbrief, den wir hier dokumentieren:

*Liebe Leser*innen der Göttinger Blätter!*

Nicht völlig überrascht aber doch mit Empörung und Wut habe ich der März-Ausgabe der Blätter entnommen, dass sich der Kreisverband der Partei Die Linke aus dem Wahlbündnis Göttinger Linke verabschiedet hat. Einem Bündnis linker Organisationen, aber

auch vieler parteiungebundener Menschen, die die Überzeugung nach sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität mit den Vernachlässigten der Gesellschaft verbunden hat. Über zwei Jahrzehnte hat dieses Bündnis in der Kommunalpolitik der Stadt Göttingen erkennbar und von vielen Bürgerinnen und Bürgern zumindest respektiert gewirkt und seine Stimme erhoben. Abgesehen davon, dass die Partei Die Linke sich in den letzten Jahren kaum mehr zu regionalen Vorgängen und Missständen geäußert hat, keine eigenen Vorstellungen,

geschweige denn Impulse eingebracht hat, wurde sie mit der Göttinger Linken identifiziert. Nun, da sie sich zur Massenpartei gemausert hat, braucht sie neben sich keine weiteren linke Akteurinnen und Akteure mehr. Als jemand, der die Arbeit der Göttinger Linken mitbegleitet und in Teilen auch mitgestaltet hat, der die Diskussion zwischen ihren Mitgliedern als wichtig, bereichernd und konstruktiv erlebt hat bin ich schlichtweg enttäuscht von der Arroganz, Borniertheit und Dummheit der Die Linke. Glaubt die regionale Parteiführung wirklich, sie sei so stark, so populär, dass sie bei der nächsten Kommunalwahl in Göttingen die Stimmenergebnisse der Göttinger Linken toppen wird. Hat sie wirklich ein eigenständiges Programm für die Göttinger Kommunalpolitik? Das ist mehr als zu bezweifeln. Ich jedenfalls werde mich weiterhin für das Bündnis Göttinger Linke einsetzen und deren Antritt zur Kommunalwahl voll unterstützen.

Gerd Nier

Pressemitteilung vom 17.2.24: Härtefallfonds für LEG-Mieter*innen

In der Ratssitzung vom 16. Februar wurde über einen Härtefallfonds als Maßnahme gegen die teilweise unbezahlbaren Nebenkostenabrechnungen der LEG-Mieter*innen in Grone gesprochen. Auf Antrag der SPD-Fraktion sollten Möglichkeiten ausgelotet werden, die andauernde Nebenkostenkrise mit Hilfe eines Härtefallfonds zu lösen. Für uns als Göttinger Linke Ratsfraktion kommt dieser Schritt in der aktuellen Situation zu früh, denn bis jetzt ist nicht geklärt, wer für den risikobehafteten Vertrag zwischen LEG-Vorgänger Adler und dem Energielieferanten Enercity aus Hannover aufkommen muss.

„Es ist nicht der richtige Zeitpunkt für den Härtefallfonds. Wir müssen die Haftung des Energievertrages zwischen Adler und Enercity klären, bevor mit Geldern der Stadt die astronomischen Forderungen beglichen werden“, sagt der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann. Den Antrag der SPD betreffend kommentiert er weiter: „Wenn wir nicht aufpassen, könnten wir in Zukunft sehen, wie Unternehmen wie die LEG solche Härtefallfonds in ihre kalkulatorischen Überlegungen einbeziehen. Die aktuelle Situation zeigt uns, dass ohne Vorwarnungen solch explosive Kosten schonungslos weitergegeben werden. Laut LEG sind die Verträge mit Enercity 2022 ausgelaufen - warum werden trotzdem diese völlig überzogenen Kosten für die Abschlüsse 2023 einkalkuliert?“

Der Härtefallfonds ist und bleibt ein politisches Instrument, um den Menschen schnell zu helfen. Deshalb unterstützen wir das Vorgehen, dass die Menschen in Grone nicht auf den Kosten eines Vertrages sitzen bleiben, für den sie keine Schuld tragen. „Jetzt müssen auf Vertragsrecht spezialisierte Anwält*innen zur Unterstützung der Prüfungsgemeinschaft her, damit die Frage geklärt wird, wer für diese Situation verantwortlich ist. Wir müssen uns als Stadt auch strategisch überlegen, wie wir Dauerkrisen, ausgelöst von aggressiven Immobilienunternehmen, verhindern, damit niemand mehr unter solchen Situationen leiden muss“, fügt Leßmann abschließend hinzu.

Pressemitteilung vom 8.3.24: zur Infoveranstaltung der LEG vom 07.03.24 in der Mehrzweckhalle Grone

Die LEG hat am Donnerstag zu einer Informationsveranstaltung in die Mehrzweckhalle Grone eingeladen und ihre Sichtweise auf die astronomischen Nebenkostenforderungen ihren Mieter*innen dargestellt. Bei einer Hochglanzbegehung vor Ort durch ihre Immobilien für Politik und Verwaltung wurden zwei frisch sanierte Wohnungen und fertiggestellte Spielplätze präsentiert.

Dann bei der Mieter*innenversammlung ein ganzes anderes Bild: „Dutzende Auffälligkeiten wurden von Mieter*innen geschildert, die mit der Selbstdarstellung der LEG nichts gemein hatten. Nicht funktionierende Wasserleitungen, unzureichende Belüftungsmöglichkeiten und Schimmelbildung - das sind nur drei von diversen Beanstandungen, von denen Mieter*innen dutzendfach berichteten. Auf Kommentare zu Schimmel in Bestandswohnungen wurde darauf verwiesen, dass es einzig Schuld der Mieter*innen selbst sei und nichts mit der Bausubstanz zu tun habe. Die LEG meint, dass alles in Ordnung sei. Auch bei den Nebenkostenabrechnungen wird die eigene Verantwortung abgegeben und sogar ein von ihnen in Auftrag gegebenes Gutachten präsentiert, welches sie von jeglichen Handeln in der aktuellen Krise befreit. Statt die Mieter*innen rechtzeitig über die steigenden Preise zu informieren, gestand ein LEG-Vertreter ein, dass sie das Problem zu spät erkannt hätten“, kommentiert Fraktionsvorsitzender der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann die Veranstaltung.

Das kürzlich vergebene Versprechen in der Sondersitzung des Sozialausschuss gegenüber der Oberbürgermeisterin Broistedt, frühestens im April die Nachforderung in Rechnung zu stellen, gilt auch nicht mehr. LEG macht Nägel mit Köpfen und wird jetzt bereits die minimal korrigierten Rechnungen an ihre Mieter*innen versenden. Am Ende der Veranstaltung kritisierte Jost Leßmann die LEG scharf und stellte fest: „Die LEG steht in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen. Sie erzeugen lediglich Druck, damit die Stadt den Härtefallfonds aktiviert und das Thema mit den astronomischen Forderungen ein Ende findet - doch als Göttinger Linke werden wir dafür kämpfen, dass die LEG mit diesem Spiel nicht durchkommt. Der Härtefallfonds bleibt das letzte Mittel im Kampf gegen aggressive Immobilienkonzerne wie der LEG.“

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich